I148 Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Umsetzung der UN-Behindertenreechtskonvention in öffentlichen Verwaltungen

Antragsteller*in: Silvia Nadine Halusiak
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Es wird angeregt, dass eine Gesetzesinitiative erfolgt, wonach die Kommunen ihren Webauftritt und Infomaterial auch für Menschen mit Behinderung den jeweiligen Anforderungen entsprechend anbieten müssen (bspw. in einfacher Sprache, Braille-Schrift, etc.).

Des Weiteren wird angeregt, dass Ämter ihre Bescheide erforderlichenfalls auch in einfacher Sprache und Braille-Schrift erstellen können.

Begründung

Hierdurch sollen auch die Menschen mit Behinderung in die Lage versetzt werden, ihre Selbstständigkeit so weit wie möglich zu erhalten und sich auch selber über Dinge, die sie interessieren, Informationen zu beschaffen.

Bescheide von Ämtern sind oftmals derart kompliziert formuliert, dass sie auch für Menschen ohne Behinderung schwierig zu verstehen sind. Wenn Ämter jedoch in der Lage sind, Bescheide zumindest in einfacher Sprache verfassen zu können, gewinnen Menschen mit einer geistigen Behinderung an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit hinzu, bestenfalls stärkt man dadurch auch ihr Selbstbewusstsein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Unterstützer*innen

René Halusiak